

In der NFÖ fühlen wir uns diesen Werten besonders verpflichtet:
Neutralität - Direkte Demokratie - Eigenstaatlichkeit.

Dürfen wir mit Russland keinen Frieden haben, weil ihn die USA nicht wollen?



Liebe Leserin!
Lieber Leser!

Der Krieg in der Ukraine ist schrecklich. Es gibt wohl kaum jemanden, der sich noch vor wenigen

Monaten auch nur annähernd hätte vorstellen können, was jetzt an grässlichen Bildern ins Haus geliefert wird. Man hätte sich aber auch nicht das kriegshetzerische Geschrei der „westlichen Wertegemeinschaft“ nach immer mehr und noch schärferen Sanktionen und nach immer mehr und noch gefährlicheren Waffen vorstellen können, die den Krieg nur verlängern und verschlimmern. Vorstellen können hätte man sich auch nicht diese **flächendeckende mediale Zensur- und Propagandawalze**, die jetzt in einer seit 1945 ungekannten Intensität über unsere Köpfe hinwegrollt.

Wir setzen uns im vorliegenden Heft damit auseinander. Wir sehen unsere Aufgabe allerdings nicht darin, bei dieser einseitigen US- und EU-gelenkten, heuchlerischen Informationslawine „mitzuheulen“. Zu groß ist die Gefahr der Emotionali-

sierung der Massen, besonders in den NATO-Ländern, sodass dieser Krieg irgendwann nicht mehr eingegrenzt werden kann und im schlimmsten Fall sogar mit Atomwaffen ausgetragen wird.

Viel wichtiger ist es, nach Lösungsmöglichkeiten zu suchen, um aus dieser Sackgasse herauszukommen. Dabei müssten unseres Erachtens die Neutralität und Blockfreiheit eine zentrale Rolle spielen. Schon vor Ausbruch des Krieges, als sich zwei Machtblöcke unversöhnlich gegenüberstanden, fehlten – und das war die Tragik – die neutralen Vermittler. Deshalb sollte längerfristig als Ziel angestrebt werden, die Neutralität und Blockfreien-Bewegung weltweit zu stärken, nach dem Motto: **Militärblöcke dienen dem Krieg – Neutralität dient dem Frieden.**

Die Lösung des Konflikts um die Ukraine kann nicht darin bestehen, dass eine Seite „gewinnt“, sondern dass – wir sagen es zum wiederholten Mal – die Ukraine sich glaubwürdig zu einem neutralen Staat erklärt und dass in den Donbass-Republiken bindende Volksabstimmungen über deren weiteres Schicksal stattfinden. **Die ukrainische Führung hätte es somit in der Hand, diesen Krieg auf der Stelle zu be-**



Sahra Wagenknecht

Eine prinzipientreue deutsche Politikerin, die sich von ihren fremdbestimmten Kollegen im Parlament auch nach vielen Wochen Krieg in der Ukraine nicht beirren lässt und die Sicherheitsinteressen der deutschen Bevölkerung glaubwürdig vertritt. Auf ihrem vielbesuchten Portal „Wagenknechts Wochenschau“ kommentiert sie aktuelle Ereignisse auf ausgewogene Weise, insbesondere den Ukraine-Konflikt.

Bild: screenshot

enden. Aus der Tatsache, dass das trotz massivster Schäden, die diesem Land dadurch zugefügt werden, nicht geschieht, muss gefolgert werden, dass „höhere“, über die Ukraine hinausgehende Interessen maßgeblich sind. So erklärt sich, dass NATO und EU im Auftrag der USA jetzt noch Öl ins Feuer gießen, indem sie Finnland und Schweden bzw. der Ukraine Beitritte zu ihren Machtblöcken in Aussicht stellen. Die EU, die eigentlich dafür prädestiniert wäre, eine Vermittlerrolle zwischen den Vereinigten Staaten und der Russische Föderation einzunehmen, **hat sich als dafür völlig ungeeignet erwiesen**, weil sie sich eindeutig als Konfliktpartei geoutet hat. Sie macht sozusagen den Pudel der USA.

Da ist Russland mit seiner Forderung eines Neutralitätsstatus der Ukraine eindeutig auf dem besseren und ehrlicheren Weg.

Ihr Gerald Grüner

Inhalt

- Dürfen wir mit Russland keinen Frieden haben?1
- Der Krieg in der Ukraine wurde vom Westen provoziert.....2
- Darf die Ukraine ihre Sicherheitsstrategie frei wählen? 2-3
- Datenkrake EU3
- Lesens-, sehens-, hörens Wert4
- Wussten Sie? 4-6
- Lesermeinungen6-7
- Positives, Erfreuliches 7-8

*Man erkennt den Irrtum daran,
dass alle Welt ihn teilt.*

Jean Giraudoux
frz. Germanist und Diplomat (1882-1944)

Der Krieg in der Ukraine wurde vom Westen provoziert

Wer seine Informationen ausschließlich aus den großen westlichen Medien bezieht, gewinnt den Eindruck, als hätte der Ukraine-Krieg keine Vorgeschichte, als hätte Putin, getrieben von irrationaler Machtgier, ein blühendes und souveränes europäisches Land aus heiterem Himmel angegriffen. Gräueltaten und Zerstörungen scheinen ausschließlich von Russen verursacht zu sein. Kein Wort wird darüber verloren, dass vielleicht auch ukrainische Soldaten oder faschistische Freiwilligenbataillone Verbrechen verüben könnten. Ist es wirklich bewiesen, dass sie Zivilisten nicht als lebende Schutzschilde missbrauchen, wie das der IS in Syrien gemacht hat?

Wichtige Zusammenhänge, die nicht zur beabsichtigten Botschaft passen, werden ausgeblendet, Widersprüche nicht aufgeklärt und drängende Fragen nicht beantwortet. Stattdessen werden Einzelschicksale in emotionalisierenden Bildern vorgeführt. Gezielt wird Empörung und Hass geschürt.

So tragisch und beklagenswert die Lage der Bevölkerung jetzt ist, **ein faktengestütztes ausgewogenes Gesamtbild über das Kriegsgeschehen wird so nicht einmal ansatzweise vermittelt**. Es wird verdreht, vertuscht und gelogen – Propaganda und Desinformation.

So gut wie nichts erfahren wir davon, dass diesem Krieg eine **jahrelange Politik der Einkreisung Russlands** durch die NATO vorausgegangen ist. Im Mittelpunkt standen dabei die diversen vom Westen logistisch und finanziell unterstützten „farbigen“ und „blumigen“ Regimewechsel in ehemaligen Sowjetrepubliken: die Rosenrevolution in Georgien (2003), die Orange Revolution (2004) und der Maidan (2014) in der Ukraine,

Darf die Ukraine ihre Sicherheitsstrategie frei wählen?

Im Ukraine-Konflikt wird von westlicher Seite immer wieder das Argument vorgebracht, dass sich ein souveräner Staat wie die Ukraine seine Bündnispartner selbst aussuchen können muss. Um die Gültigkeit dieses Arguments zu belegen, sind zwei Fragen zu beantworten: 1. Ist die Ukraine ein souveräner Staat? 2. Gilt dieser Grundsatz der freien Bündniswahl, wie er im Dokument von Istanbul der

die Tulpenrevolution in Kirgisien (2005), die Samtene Revolution in Armenien (2018). Zwei Umsturzversuche in Weißrussland (2006 u. 2020) konnten abgewehrt werden.

Die Lügen begannen schon 1990, als im Rahmen der Verhandlungen zur deutschen Wiedervereinigung der Sowjetunion die verbindliche mündliche **Zusicherung** gegeben wurde, **dass die NATO ihre militärische Präsenz nicht weiter nach Osten ausdehnen wird**. Wie wir wissen, sind seither 14 Länder in die NATO aufgenommen worden. Der Westen hat diese Zusicherung immer abgestritten. Inzwischen sind Dokumente aufgetaucht, die eindeutig belegen, dass sie doch gegeben wurde. Die westlichen Medien hat das kaum interessiert.

In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.

Egon Bahr (1922 – 2015), deutscher SPD-Politiker

Wenn der deutsche Bundeskanzler davon spricht, dass mit dem russischen Einmarsch in die Ukraine eine Zeitenwende begonnen habe, so irrt er. Der Krieg – und damit die Zeitenwende – hat schon **2014** mit dem **Angriff der Ukraine auf den Donbass** mit seiner zum Großteil russisch-sprachigen Bevölkerung wegen dessen Ablehnung des Maidan-Putsches begonnen und hat bis jetzt nach UN-Angaben ca. 14 000 Menschen das Leben gekostet. Auch davon hat man wenig gehört.

Seit 2008 gibt es die Option auf einen Nato-Beitritt der Ukraine, an der die USA

OSZE 1999 festgehalten wurde, absolut und uneingeschränkt?

Geschichtlich gesehen ist die Ukraine ein von Russland, genauer, ein von der Sowjetunion in ihrer Anfangsphase geschaffenes Land. **Ohne Russland gäbe es die heutige Ukraine nicht**.

Gegenwärtig ist sie ein von seiner eigenen korrupten Führungsschicht verratenes und

auch nach 2014 festhielt, obwohl das NATO-Statut den Beitritt eines kriegsführenden Landes verbietet (Donbass). Seither hat die **NATO regelrechte Militärstützpunkte in der Ukraine errichtet**, getarnt als „Ausbildungsmissionen“. Beobachter gehen davon aus, dass die militärische Befehlsstruktur bereits stark von NATO-Führungspersonal durchgesetzt ist. Die NATO hat sich indessen in ihrer Selbstdefinition von einem Verteidigungs- zu einem Angriffsbündnis gewandelt, wovon auch ihre Waffensysteme und ihr Vorgehen Zeugnis ablegen. 2019 wurde das Ziel des Beitritts zu EU und NATO durch das ukrainische Parlament in der Verfassung fixiert.

Im März 2021 gab sich die Ukraine eine neue Militärstrategie, die fast ausschließlich auf das Feindbild Russland ausgerichtet ist. Im Dezember 2021 hat die Russische Föderation dem Westen Vorschläge für einen Friedensvertrag vorgelegt, um den Konflikt um die Donbass-Republiken zu entschärfen. Sie sahen im Wesentlichen die militärische Neutralität der Ukraine vor. USA und EU reagierten darauf mit unverbindlichem Geschwafel.

Am Wochenende vor dem 24. Februar drohte Selenskyj auf der Münchner Sicherheitskonferenz, wenn die „territoriale Integrität“ seines Landes nicht gewährleistet werden könne, werde die Ukraine das Budapester Memorandum von 1994 für ungültig erklären. Dieses betraf ein Atomwaffenverbot für die Ukraine. **Selenskyj stellte also eine atomare Bewaffnung der Ukraine in Aussicht**. Damit wurde die reale Gefahr eines Atomkriegs in Europa heraufbeschworen. Putin ist keine andere Wahl mehr geblieben, er musste handeln, nicht nur in seinem eigenen Interesse sondern auch im Interesse Europas.

an westliche Konzerne und „Investoren“ ausverkauftes Land. Sie ist ein **Vasallenstaat**, politisch und finanziell vereinnahmt von westlichen NGOs, an die Schaltstellen der Macht gehievten Beratern, Geheimdiensten, Stiftungen und Botschaften, in dem einige superreiche Oligarchen das Sagen haben. Die Machtelite baut auf Anbiederung an den Westen und seine Geldflüsse, von denen die verarmte Bevölkerung,

(Fortsetzung auf Seite 3)

die unter extrem hohen Teuerungsraten und niedrigen Gehältern und Renten zu leiden hat, so gut wie nichts sieht. Um welchen Filz es sich dabei handelt, illustriert das Netzwerk des Oligarchen Ihor Kolomojskyj, „Pate“ des US-Präsidentensohnes Hunter Biden, „Macher“ des Präsidenten Selenskyj und großzügiger Förderer des faschistischen Asow-Regiments, mit dem sich die Klitschko-Brüder gern fotografieren lassen.

Datenkrake EU



Die Gier des Brüsseler Molochs nach den Daten der Bürger kennt keinen Halt. Nachdem die EU-Kommission vorigen Sommer bereits eine Machbarkeitsstudie in Auftrag gegeben hat, wie sie an Informationen über die Vermögensverhältnisse der Bevölkerung herankommen kann, peilt sie nun weitere Schritte zur vollständigen Datenkontrolle an.

So plant sie, eine Infrastruktur für den EU-weiten Austausch von Gesundheitsdaten, einen **„Europäischen Gesundheitsdatenraum“** einzurichten. Der Anfang Mai vorgelegte Entwurf für eine entsprechende Verordnung schreibt den Mitgliedsländern die einheitliche elektronische Verarbeitung der Gesundheitsdaten aller Bürger vor. Das soll den Austausch von Patientenakten über Grenzen hinweg erleichtern. Die Daten sollen nicht nur den Patienten und dem behandelnden Gesundheitspersonal zur Verfügung stehen, sondern auch für Forschung, Innovation und Gesundheitspolitik, heißt es im Erläuterungstext der Verordnung. Und das ist der Haken. Es bleibt unklar, wer Zugang zum Europäischen Datenraum bekommt. Damit werden Zweifel an der Gewährleistung von Datensicherheit und Anonymität genährt. Lobbygruppen wie DigitalEurope drängen bereits darauf, dass Technologiekonzerne und Pharmafirmen über die Datennutzung mitbestimmen sollen. Einzelne Mitgliedsstaaten befürchten, dass ihre Entscheidungsmöglichkeiten in der Gesundheitspolitik durch EU-Vorgaben zu stark beschnitten werden könnten.

Mit einem neuen Zensur-Gesetz, dem „Digital Services Act“ (DSA) will die EU das Internet in Europa und darüber hinaus gleichschalten. Kernpunkt ist die EU-weite Vereinheitlichung der Zen-

Von einer wirklichen Souveränität der Ukraine kann also nicht die Rede sein. Und wieso ist Souveränität jetzt so ein wichtiges Thema? Dafür hat sich der neoliberale, globalistische Westen doch bisher kaum interessiert. Es interessierte ihn auch 2008 nicht, als der Kosovo vom souveränen Serbien abgetrennt wurde.

Zum zweiten Argument ist festzustellen, dass die in Istanbul verabschiedete Euro-

sur nach dem Vorbild des bundesdeutschen *Netzwerkdurchsetzungsgesetzes*, dem sogar die UNO attestiert, nicht mit internationalen Menschenrechtserklärungen vereinbar zu sein. Wie es schon in autoritären Staaten üblich ist, wollen jetzt auch die Brüsseler Machthaber alle ihnen unliebsamen Fakten und Meinungen aus dem Internet verbannen. Die EU-Kommission soll aber nicht nur Löschanordnungen aussprechen können, sondern neben unzähligen neuen Vorschriften zur Gängelung und Überwachung will sie auch Zugang zu den Algorithmen von Online-Plattformen erlangen und das Denunziantentum fördern. „Im Krisenfall“ – und das kann alles Mögliche sein – plant sie sogar, wichtige Online-Plattformen selbst zu übernehmen. Nach Abschluss des Gesetzgebungsverfahrens würden Anbieter unter Androhung von Strafen, die von 20 Prozent des weltweiten Jahresumsatzes bis hin zur Zerschlagung reichen können, gezwungen alles zu löschen, was der EU nicht in den Kram passt.

Wenn das Gesetz durchginge, wäre das freie Internet endgültig Geschichte.

Doch damit nicht genug. Im Rahmen des aktuellen EU-Förderprogramms für die Digitalisierung gibt es ein Projekt zur **Einführung von EU-weit gültigen digitalen Ausweisen**. Sie soll in einer künftigen **eIDAS-Verordnung (Electronic Identification, Authentication and Trust Services)** umgesetzt werden. Bereits am Kommissionsentwurf wird heftige Kritik geübt, weil Datenschutzbestimmungen darin eine sehr untergeordnete Rolle spielen. Und das bei einer Verordnung zur digitalen Identität, die der Übermittlung der mithin sensitivsten persönlichen Daten und Urkunden dienen soll.

Ein spezielles Datenschutzproblem stellt die beabsichtigte Zuordnung einer lebenslang gültigen digitalen Signatur, eine individuelle Zahlen-Buchstaben-Kombi-

päische Sicherheitscharta nicht nur von einer freien Bündniswahl handelt, sondern auch die Bestimmung enthält, die eigene Sicherheit nicht auf Kosten der Sicherheit anderer Staaten zu stärken. Angewendet auf die Ukraine heißt das, sie ist eindeutig **verpflichtet, auch die berechtigten Sicherheitsinteressen der Russischen Föderation zu berücksichtigen** – eine Verpflichtung, der sie bisher nicht nachgekommen ist.

nation (ID) für jeden EU-Bürger dar, über die sämtliche Einträge zu einer bestimmten Person in allen Datenbanken laufen. Die Kommission hat sich selbst ermächtigt, den ausgehandelten Gesetzestext nachträglich zu verändern. Damit sind dem Missbrauch Tür und Tor geöffnet. Bei der technischen Umsetzung eines so hochkomplexen Unterfangens eines auf digitale Signaturen gestützten, grenz- und sprachraumüberschreitenden Amtsverkehrs könnte die Kommission dann selbst entscheiden, wie der endgültige Verordnungstext lautet. Dass dabei eine so unsaubere Vorgangsweise gewählt wird, nährt den Verdacht, dass hinter den Kulissen bereits Absprachen mit internationalen Digitalkonzernen getroffen wurden. Diese Herangehensweise der Kommission an eine Regulierung, die das Wort „Vertrauen“ („Trust“) im Titel trägt, lässt sich beim besten Willen nicht als vertrauenswürdig bezeichnen.

(Quellen: netzpolitik.org; patriotpetition.org)



Ein vergleichsweise beneidenswerter Esel auf einem Tiroler Bauernhof

Es scheint diesem Esel bald besser zu gehen, als einem durchdigitalisierten, total überwachten Bürger der Brüsseler Konzern-Union. Ob das den Österreichern bei der EU-Volkabstimmung 1994 bewusst war?

Bild: RP

Lesenswert – sehenswert – hörenswert!

- **Unsere Blase der Täuschung und Selbsttäuschung.** Artikel von Patrick Lawrence (US-amerikanischer Kolumnist) in den „Zeit-Fragen“. Sein wenig schmeichelhaftes Urteil über die amerikanische Gesellschaft: *Das Fehlen einer objektiven, prinzipientreuen Berichterstattung über den Krieg in der Ukraine ist ein verkommener Zustand. Das einzige, was noch schlimmer ist, ist das Ausmaß, in dem dies für die meisten Amerikaner völlig in Ordnung ist.* www.zeit-fragen.ch/
- **Pandora-Papers: Offshore-Geschäfte von Selenskyj und Kolomojskyj.** Ursula von der Leyen will den „Helden“ Selenskyj als Garant für eine „demokratische“, d.h. EU-konforme Ukraine verkaufen. Was für ein Präsident ist Selenskyj nun wirklich, der sich am Volksvermögen bedient und dieses nach Oligarchenart steuerschonend in die Karibik verschiebt? www.bpb.de/
- **Die Abkoppelung der Ukraine war töricht und gefährlich.** Der amerikanische Wissenschaftler und Philosoph Noam Chomsky spricht in einem Interview mit der Schweizer Zeitschrift „Die Weltwoche“ Nr.16/22 über Ursachen und Auswege aus der Ukraine-Krise. Seine abschließender Vergleich: *Würde Mexiko die Mitgliedschaft in einem von China betriebenen Militär-Offensivsystem angeboten, so würde Mexiko (von den USA) zermalmt werden.*
- **Selenskyj ist kein Held sondern eine Marionette (der USA).** Englischsprachiges Original: „I think Zelenskyy is a puppet“, Youtube-Video. Aussage des US-Oberst Douglas Macgregor im Interview - im Video bei Minute 2:47.
- **Die dubiosen Geschäfte der Bidens in der Ukraine.** Artikel in der „Weltwoche“ 13/22.
- **Rom und Wien wollen mit Sozialpunkten und Smart City ein neues Gesellschaftskonzept umsetzen.** Ist es Zufall, dass neben Bologna und Bayern nun auch Wien und Rom ihre Bürger mit Sozialpunkten für tugendhaftes Verhalten belohnen und damit der Einführung eines Sozialkreditsystems nach chinesischem Muster Vorschub leisten wollen? <https://norberthaering.de/macht-kontrolle/wien-rom-citizen-wallet/>

Wussten Sie.....?

Frieden für die Ukraine – wie der Krieg beendet werden kann

Ist es so schwer zu begreifen, dass man auf begangene Gräueltaten nicht mit der Forderung reagieren sollte, die auf noch viel schlimmere Gräueltaten hinauslaufen?

Ja, man muss leider davon ausgehen, dass auch in diesem Krieg Kriegsverbrechen begangen werden und zwar von beiden Seiten. Einfach deshalb, weil das bisher in jedem Krieg so war. Es gibt keine sauberen Kriege. Gerade deshalb ist es so wichtig, Krieg, egal wo er stattfindet und egal, wer für ihn verantwortlich ist, grundsätzlich zu verurteilen und immer alles dafür zu tun, dass es nicht zu Kriegen kommt. Was Krieg wirklich bedeutet, das können sich die meisten von uns – mich einge-

schlossen – überhaupt nicht vorstellen, weil wir bisher zum Glück so etwas nie erleben mussten. Und in Deutschland hat das noch nicht einmal dazu geführt, den USA mit Rammstein die logistische Grundlage dafür zu entziehen.

Wir müssen auch davon ausgehen, dass in diesem Krieg beide Seiten lügen. Auch das ist in jedem Krieg so. Und deshalb ist es schon ein Problem, wenn in deutschen Medien immer die Darstellung der ukrainischen Seite ungefiltert als Wahrheit präsentiert wird, ohne dass es unabhängige Quellen gibt, wie zu Beispiel das Rote Kreuz oder auch andere, die (solche Vorfälle) überhaupt untersuchen und genau hinschauen.

Und wir sollten schon bedenken, nicht nur der Aggressor, auch der Überfallene, auch die ukrainische Führung hat Interessen. Die Ukraine weiß, dass sie allein diesen Krieg nicht gewinnen kann und deshalb ist es in ihrem Interesse – das kann man sogar nachvollziehbar finden – die NATO immer stärker in diesen Krieg hineinzuziehen. Aber das kann nicht in unserem Interesse sein, weil es eine hochgefährliche Strategie ist, die lebensbedrohlich für uns hier in Europa sein kann – und werden kann. Und bei aller Verurteilung des russischen Krieges, auf diese Strategie dürfen wir uns nicht einlassen. Und

Neutralität

Das ist die erfolgversprechende Strategie des Kleinstaats, seiner Bevölkerung die Schrecken eines Krieges zu ersparen.

(Schweizerzeit, 11.3.2022)

ich finde, die Gräueltaten von Butscha, sie mahnen nicht dazu, den Krieg und die Gewalt weiter zu eskalieren, sie mahnen, dass alles dafür getan werden muss, dass die Waffen schweigen und das Grauen nicht weitergeht.

Was müsste und was könnte jetzt getan werden, um diesen Krieg zu beenden? Was theoretisch denkbar wäre, ist ein faktischer Sieg durch Erschöpfung der russischen Seite, nach 10 oder 20 Jahren. Das ist das, was man das Afghanistan-Szenario nennen kann. Es gibt Kriege, wo die überlegene Macht verliert. Die Frage ist, ob man das im Fall der Ukraine überhaupt als einen Sieg nennen kann. Denn wer darauf setzt, auf das Afghanistan-Szenario, der nimmt in Kauf, dass die Zahl der Opfer in die Hunderttausende gehen wird, der nimmt in Kauf, dass die Ukraine am Ende ein entvölkertes und völlig zerstörtes Land ist. Und ich glaube, wer da-

(Fortsetzung auf Seite 5)

rauf setzt, der ist ganz sicher kein Freund der Menschen in der Ukraine. Auf diese Lösung zu setzen ist verantwortungslos und zynisch. Das muss man ganz klar sagen. Leider bekommt man allerdings schon den Eindruck, dass das genau die Strategie ist, die die USA verfolgen. Wobei man aber auch sagen muss, es ist noch nicht einmal klar, ob sie aufgeht.

Die zweite Möglichkeit: Es ist ja nicht ausgeschlossen, dass Russland den Krieg gewinnt, allerdings sieht es nicht danach aus, dass das kurzfristig möglich ist. Aber es bedeutet auch, dass der Krieg mindestens über Monate weitergeht und noch sehr, sehr viele Opfer fordert.

Das heißt, die einzige Lösung, wenn man sich das anguckt, in überschaubarer Zeit ein Ende des Krieges zu erreichen, sind Verhandlungen, gerade weil die USA offensichtlich überhaupt kein Interesse daran haben. Es gibt auch sehr kluge Leute

in den USA, beispielsweise der amerikanische Ökonom Jeffrey Sachs, der ganz klar an die Europäer appelliert hat. Hier eine kurze Passage aus einem kürzlich gegebenen Interview: *Deutschland und die anderen EU-Länder sollten sich jetzt darauf konzentrieren, eine schnelle Verhandlungslösung zu fördern... Die USA lieben die Eskalation von Konflikten. Ich beobachte sehr genau, welche Vorschläge und Botschaften aus den USA kommen. Die US-Regierung will die Gelegenheit nutzen und Russland in die Knie zwingen. Aber Europa sollte sich darauf nicht einlassen. Künftige Generationen in Europa müssen mit Russland als Nachbar leben. Biden hat gesagt, dass wir uns für einen langen Konflikt wappnen sollen. Das ist eine schreckliche Idee.* Jeffrey Sachs hat absolut Recht. (Quelle: „Wagenknechts Wochenchau“, Textauszug aus Youtube-Video mit Sagra Wagenknecht)



Ein Bild wie aus einer anderen Welt

So sehr die Ära Merkel Deutschland geschadet hat, in einer Sache hat Merkel politischen Weitblick bewiesen: Sie hat einem NATO-Beitritt der Ukraine ihre Zustimmung verweigert, weil sie ihn als zu gefährlich erachtete.

Bild: bumibahagia.com - screenshot

EU-Länder dürfen Steuersätze nicht nach eigenem Ermessen festlegen

In der Diskussion um eine Ermäßigung der Steuersätze im Zusammenhang der z. T. dramatisch gestiegenen Energiekosten und Lebensmittelpreise, gab es eine für viele überraschende Wendung, die eine bis dahin wenig bekannte Tatsache in das Licht der Öffentlichkeit gerückt hat: Die EU-Mitgliedsländer dürfen ihre Steuersätze nicht nach freiem Ermessen, wie es für ihre jeweiligen Volkswirtschaften und den Bedürfnissen der Bevölkerung am besten wäre, festlegen, sondern sie müssen sich an EU-Vorgaben von Mindeststeuersätzen halten.

Die EU schreibt in ihrer „Mehrwertsteuersystemrichtlinie“ einen Mindestsatz von 15 Prozent für die Mehrwertsteuer vor, sowie einen ermäßigten Satz von 7 Prozent, der z. B. für Grundnahrungsmittel gelten kann. Österreich kam beim Treffen der Finanz- und Wirtschaftsminister des Euro-Raums Mitte März mit seiner Forderung nach einer vorübergehenden Senkung der Mehrwertsteuersätze als Ausgleich für die Preissteigerungen der letzten Zeit erwartungsgemäß nicht durch. Es darf die Bevölkerung nicht zu wenig abgezockt werden. Auch nicht in Zeiten der Krise.

(Quelle: finanzen.at)

„Das einzige, was Russland zu einer heftigen militärischen Reaktion zwingen würde, wäre eine Expansion der NATO an die russische Grenze.“

Joe Biden 1997 gesagt - 2022 getan



Quelle: atomgegner.at - screenshot

US-Außenministerin Albright: 500.000 tote Kinder waren den Preis wert

1996 wurde in der Fernsehshow 60 Minuten die damalige Außenministerin der USA Madeleine Albright gefragt: *Wir haben gehört, dass wegen der Sanktionen eine halbe Million Kinder im Irak gestorben sind. Ich meine, das sind mehr Kinder, als in Hiroshima umkamen. Und - sagen Sie, ist es den Preis wert?* Die Antwort von Albright: *Ich glaube, das ist eine sehr schwere Entscheidung, aber der Preis - wir glauben, es ist den Preis wert.* Das ist das Denken von Terroristen, die Opfer um eines „höheren Zieles“ wegen einplanen, wenn in der Regel auch nicht in dieser Höhe. Die liberalen westlichen Mainstream-Medien und Intellektuellen würden berechtigterweise in Entrüstungstürme angesichts eines solch kaltblütigen terroristischen Kalküls ausbrechen. Es sei absolut unmoralisch, böse und auf keinerlei Weise legitim, für ein politisches Ziel unbeteiligte Menschen, noch dazu in dieser Größenordnung, zu töten. Damit haben sie natürlich Recht. Bei der Aussage von Albright war es allerdings anders. Sie war für die maß-

geblichen Meinungsmacher nicht von Interesse, wurde in den führenden Medien kaum zitiert, und es gab keinen Aufschrei oder auch nur den Einwand, dass der Massenmord an Kindern, völlig jenseits des Akzeptablen liege, und seien die damit angestrebten politischen Ziele moralisch noch so hochstehend.

Der Vorgang widerspiegelt die Arbeit eines souveränen Propaganda-Systems im Dienst der Weltmacht mit demokratischem Führungsanspruch. Die Medien lassen das Schicksal dieser „bedeutungslosen Opfer“ im schwarzen Loch verschwinden und erlauben dadurch die ungehinderte Fortführung dieser Politik. Sind die Vereinigten Staaten selbst von Terrorismus betroffen, tritt der umgekehrte Prozess in Kraft: Leiden und Tod der Opfer werden ausführlichst in Szene gesetzt. Die tieferen Gründe, wieso das geschehen ist, interessieren nicht, sondern nur wer es getan hat und dafür zur Verantwortung gezogen werden muss. (Quellen: uncutnews.ch; youtube.com)

Meinungs-Einfalt

In dieser lauernden Meinungseinfalt ist es gefährlich geworden, analytisch zu schreiben, Man zieht da alle möglichen Anfeindungen, Verleumdungen und Unterstellungen auf sich. Ich ziehe das Verstehen dem Verleumden immer vor und dem Nichtverstehen sowieso.

Roger Köppel, Herausgeber der „Weltwoche“

Zeitschrift manipuliert Video von geflüchteten Zivilisten

Anfang Mai hat das deutsche Nachrichtenmagazin *Der Spiegel* einen Artikel in Form eines Videos veröffentlicht. Es zeigt Zivilisten, die über einen eingerichteten Fluchtkorridor aus dem Asow-Stahlwerk in Mariupol entkommen konnten. Eine geflüchtete Frau wurde interviewt. Die Übersetzung ihrer Aussagen ist korrekt, allerdings wurden die entscheidenden Passagen des Videos, in denen sie das Asow-Bataillon beschuldigt, die Zivilisten nicht aus dem Bunker gelassen, d. h. sie als Schutzschilde missbraucht zu haben, herausgeschnitten. Das konnte bewiesen werden, weil auf Youtube das

komplette Video zu finden ist. Entgegen der vom *Spiegel* anti-russisch gewendeten Version erklärt die Frau sogar, dass die Ukraine für sie als Staat gestorben sei und dass sie nicht mehr dorthin zurückkehren werde. Da der Spiegel das gesamte Video übersetzen hat lassen, ist es ausgeschlossen, dass er dessen korrekten Inhalt nicht kennt. Es handelt sich um gezielte und gesteuerte Manipulation, ohne direkt der Lüge bezichtigt werden zu können, obwohl es doch Lüge ist. Warum verschweigt man die Wahrheit? (Quelle: deimelbauer.at/spiegel-manipulation-eines-videos-von-gefluechteten-zivilisten)



Ein mobiles Werbeplakat einer österreichischen Behörde auf Innsbrucks Straßen. Hat die Behörde oder der Innenminister vergessen, dass die Amtssprache in Österreich immer noch Deutsch ist?

Bild: RP

Die Wurzel des Ukraine-Desasters

Im Grunde genommen stehen drei Elemente der amerikanischen Außenpolitik an der Wurzel des Ukraine-Desasters: die versuchte Nato-Integration, die versuchte EU-Integration der Ukraine und generell die Demokratisierungsstrategie der Amerikaner, die letztlich immer darauf hinausläuft, dass eine Regierung, die nicht ihren Vorstellungen von Demokratie entspricht, beseitigt werden muss. Im Ukrainekrieg, in Wahrheit im Stellvertreterkrieg USA gegen Russland auf ukrainischem Boden, bedeutet das: Putin muss weg! Insofern ist es nachvollziehbar, dass der russische Präsident von Strategien zur US-Demokratisierung wenig hält und sich schon seit Jahren von der US-geführten Nato bedroht fühlt.

John Mearsheimer, US-amerikanischer Politikwissenschaftler an der University of Chicago

Lesermeinungen - Stimmen aus dem Volk

Neutralität für die Ukraine?

Ich würde sagen, die ganze EU sollte sich zur Neutralität nach Schweizer Muster bekennen. Alle Amerikaner samt ihren Stützpunkten und Atomraketen raus aus Europa – wir brauchen keine Nato. Europa gehört den Europäern. Wir könnten als Puffer zwischen Ost und West fungieren

Ein indischer Wissenschaftler mahnt seit Jahren den Westen

Die westliche **Vorherrschaftsmentalität** kann nur in eine Sackgasse führen. Die weit intelligentere Form des Herangehens ist Kooperation. Eine westliche Politik, die sich noch immer für überlegen, einmalig, unentbehrlich hält und glaubt zum Totschlagen berechtigt zu sein, weil man ja schließlich „das Gute“ vertritt, wird noch viel Leid nach sich ziehen. Die Liste der Opfer geht heute schon in die Millionen.

Kishore Mabubani, leitender Wissenschaftler am Asia Research Institute der National University of Singapore

und paktfrei mit allen Ländern dieser Erde in Frieden leben und Geschäfte machen. Gibt es was Schöneres? Doch nein!

Die amerikanischen Imperialisten und Kriegstreiber Nummer 1 sowie die sich anbietende, geknechtete EU als ihre marionettenhaften Gehilfen wollen ihre Welt-herrschaft weiter ausbauen und weltweit die nicht nach ihrer Pfeife tanzenden Regierungen austauschen.

“Fuck the EU“ (so befehlte die US-Sonderbeauftragte Victoria Nuland vor 8 Jahren die EU in einem Vieraugengespräch mit dem amerikanischen Botschafter; die Red.). Welche „Partner“ sind das denn?

Militärisch ist die EU mit Ausnahme Frankreichs (Atommacht) sowieso eine nicht ernst zu nehmende Lachnummer.

Deutschland ist seit dem 2. Weltkrieg bis heute von den Amis „besetzt“ und in Ramstein stehen Atomraketen gegen Moskau gerichtet – ebenso in Polen – und da soll Putin tatenlos zuschauen wie ihm die Nato von Westen immer näher an den Pelz rückt? Irgendwann ist Schluss. Das hätte man viel früher erkennen müssen.

Franz Popp, Hausbrunn

Apropos Ukraine

Aus der Ukraine ist laut den geleakten Off-shorekonten mehr Geld rausgeschmuggelt worden als AUS JEDEM ANDEREN LAND EUROPAS, Russland inklusive.

Allein der Erfinder und Sponsor von Selenskyj, Ihor Kolomojskyj, hat über einen mysteriösen Konkurs der ihm gehörenden PrivatBank fast 5,6 Milliarden Dollar gestohlt... äh, verloren. Und auch der Herr Selenskyj und seine Familie waren geschäftlich extrem erfolgreich: Vor drei Jahren hat der Held des Westens noch knapp 4000 Dollar monatlich als TV-Star verdient und nach nicht einmal 3 Jahren ist es der Familie Selenskyj gelungen, mehr als 500 Millionen Dollar außer Landes zu bringen.

Und während die ukrainische Kleptokratie ihr gestohlenen Geld außer Landes brachte, haben die Oligarchen des Westens in der Ukraine investiert: Allein die Gruppe des Herrn Soros hat nach Berichten aus Wirtschaftsmedien fast 250 Milliarden Dollar in Staatsanleihen, Industriebetriebe und riesige Landwirtschaften

(Fortsetzung auf Seite 7)

investiert. Dazu kommen noch Dutzende Milliarden Euro und Dollar, die in den vergangenen Jahren aus den Steuergeldern der USA, der Europäischen Union sowie der Amerikanischen und Europäischen Zentralbanken in die Ukraine geflossen sind! Es ist natürlich völlig undenkbar, dass irgendein Medium oder ein Journalist auf die Idee kommt, dass der Westen den Kampf bis zum letzten Ukrainer führt, weil es ums Geld und nochmals ums Geld geht...

Nein, wir wissen alle, dass die Ukraine nur Freiheit und Demokratie verteidigt, die es zwar im Land nie gegeben hat - aber wen interessieren schon Kleinigkeiten?

Leserbriefschreiber der Red. bekannt

Die Klimaerwärmung

ist eine messbare Tatsache. Die Ursachensuche scheidet die Geister. Die „Klimaschützer“ behaupten, dass sie durch die Verbrennung fossiler Brennstoffe verursacht wird. Die Klimaskeptiker führen die Erwärmung auf die derzeit verstärkte Sonneneinstrahlung zurück, denn das Klima auf der Erdoberfläche wird zu 99,9 % durch die Strahlungsenergie der Sonne bestimmt.

Hunderte namhafte Wissenschaftler, darunter auch Nobelpreisträger, haben nachgewiesen, dass bei etwa gleichbleibendem CO₂-Ausstoß frühestens im Jahre 2150 eine Verdoppelung des CO₂-Gehaltes stattfinden würde. Dies würde lediglich einen Temperaturanstieg von 0,5 % Celsius, aufgeteilt auf 100 bis 200 Jahre bedeuten. Gehör findet aber nur die „Angstindustrie“ mit ihren undurchsichtigen Geldquellen.

Aber angenommen, das CO₂ wäre der

entscheidende Einflussfaktor, dann ist immer noch zu bedenken: Die EU hat einen Anteil von 8 % vom weltweiten CO₂-Ausstoß und an diesen 8 % wird herumgedoktert und man riskiert die Vernichtung ganzer Industriezweige, die Verschandelung der Landschaft usw.

Die Klimaschädlichkeit des Kohlendioxid ist in meinen Augen eine Lüge. Die Klimasensitivität des Kohlendioxid beträgt nur 0,6 %, sagen Fachleute. Dieser Wert verursacht keine Klimakatastrophe (siehe www.fachinfo.eu/fi100.pdf)!

Da kann man nur wieder Goethe zitieren (Faust, Teil 2). „Und auf vorgeschriebenen Bahnen zieht die Menge durch die Flur, den entrollten Lügenfahnen folgen alle – Schafsnatur.“

Alwin Häle, Muntlix

Europäische Zentralbank

Vorausschicken muß ich, daß die EZB (Christine Lagarde) unter schwerem Vertragsbruch (Verträge von Maastricht und Lissabon) ihre zinspolitische Aufgabe nicht wahrnimmt. Im Gegenteil, sie stützt die südeuropäischen Schuldnerländer und deren marodes Bankensystem mit künstlich niedergehaltenen Zinsen, was zu Lasten der mittel- und nordeuropäischen Euro-Länder geht. Deren Bürger verlieren schon Milliarden Euros jährlich an Spar- und anderen Habenzinsen und jetzt frisst ihnen auch noch die Inflation – weil die EZB nicht mit höheren Zinsen dagegenhält – ihr bestehendes Kapital auf. Das spüren die Bürger nicht nur auf ihren Bankkonten, sondern auch in ihren Geldbörsen! Die Zeit für's Helikoptergeld ist vorerst also vorbei, aber die Definitionen für Inflation und Deflation stimmen nach wie vor.

Liebe Leserbriefschreiber! Für Ihre Stellungnahme danken wir Ihnen herzlich. Gleichzeitig bitten wir Sie um Verständnis, wenn wir aufgrund einer Vielzahl von Zuschriften nicht alle Leserbriefe abdrucken oder nur Auszüge aus Ihrem Schreiben bringen können und fallweise Kürzungen vornehmen müssen. Wir stellen fest, dass die hier veröffentlichten Leserbriefe nicht in allen Punkten mit unserer Meinung übereinstimmen müssen.

Positives, Erfreuliches, Nachahmenswertes...

Österreicher klar gegen NATO-Beitritt

Auch wenn Bundeskanzler Nehammer die österreichische Neutralität mit unerträglichen und wahrheitswidrigen Aussagen, sie sei uns von Kommunisten aufgezwungen worden, madig zu machen versucht – die österreichische Bevölkerung ist weiterhin klar gegen einen NATO-Beitritt. Nur 14 Prozent der Österreicher sprechen sich dafür aus, **75 Pro-**

zent lehnen ihn ab. Das geht aus einer Umfrage des Instituts für Demoskopie & Datenanalyse (IFDD) für die APA hervor.

Die Österreicher sind auch mehrheitlich skeptisch, wenn es um den Beitritt der Ukraine zur Europäischen Union geht. 38 Prozent sind dafür, doch 46 Prozent dagegen. Der Rest ist noch unentschieden. Auf die Frage, ob die Neutralität uns

Jetzt fehlt ganz offensichtlich ein entsprechendes Angebot an Waren und Dienstleistungen, sodaß die Preise nach oben gehen. Da könnte eine Rückbesinnung auf die guten alten Einkaufengenossenschaften – von COOP bis Konsum – wahrscheinlich Abhilfe schaffen! Der Staat könnte vorübergehend als Großeinkäufer auftreten und bei Erzeugern und Großhändlern die Waren billig einkaufen, welche er dann an Tafeln und Sozialmärkte zum Selbstkostenpreis weitergibt. Dort sollten dann alle Bürger die Möglichkeit haben, Lebensmittel und Güter des täglichen Bedarfs zu vergünstigten Preisen einzukaufen!

Diese Zwischenfunktion des Staates brächte sowohl für die Verkäufer als auch für die Verbraucher entsprechende Vorteile! Und die staatlichen Mitarbeiter – Beamte genannt – würden sich damit zum Vorteil der Bürger nützlich machen. Die Preisentwicklungen bei Strom, Gas, Benzin, Diesel und Heizöl muß der Staat mittels entsprechenden Steuersenkungen dämpfen, denn es kann ja nicht angehen, daß sich die Obrigkeit auf Kosten der Untertanen unverhältnismäßig saniert!

Diese Hausverstandsüberlegungen eines wirtschaftlich nicht ungebildeten Historikers wird bestimmt gleich von angeblichen Experten und sonstigen Wissenschaftlern aufs Korn genommen werden. Trotzdem bleibe ich bei meinen Vorschlägen, denn in Krisenzeiten heißt es handeln! Und nicht sich in den Elfenbeintürmen diverser Wissenschaften zu verlieren! Andere praktikable Lösungsvorschläge werden jedoch gerne zur Kenntnis genommen.

Dr. Werner Königshofer, Wattens

heutzutage noch schützt, antworteten 52 Prozent mit Ja. (Quelle: orf.at)

Womit veranschaulicht ist, wie wenig sich die Position der jetzigen Regierung in diesem grundlegenden Verfassungsbereich sich mit der der österreichischen Bevölkerung deckt, was ein bezeichnendes Licht auf den Zustand der Demokratie in unserem Land wirft.

Dank gebührt dem ungarischen Volk



Dank gebührt dem ungarischen Volk, dass es trotz massivster Angriffe aus dem Westen und trotz intensivster versuchter Wahlbeeinflussung standhaft und unbeirrt die Fortsetzung der nationalen Regierung und damit Freiheit und Selbstbestimmung gewählt und dem neoliberalen Totalitarismus eine Absage erteilt hat.

Das ungarische Wahlergebnis geht in seiner Bedeutung weit über die Grenzen Ungarns hinaus, da es gleichzeitig eine Absage an die von vielen westlichen Politikern immer noch angestrebte Globalisierung im Sinne des konzipierten „Great Reset“, sohin eine Absage an die Schaffung einer unipolaren Weltordnung ist.

Eine gerechte und auf Freiheit beruhende Weltordnung kann nur auf der Grundlage und Achtung des Selbstbestimmungsrechtes aller Völker, deren Kultur, historischen Entwicklung und Tradition, sowie der Souveränität ihrer Staaten im Sinne eines gegenseitigen Verständnisses und respektvollen Umganges bestehen.

Hierbei ist nicht nur die geographische, sondern insbesondere die kulturelle, auf gemeinsamen Werten wie Grund- und Freiheitsrechte, Christentum und Familie beruhende Einheit zu beachten und zu bewahren.

Handys kommen in den Käfig

Zur Wiedereröffnung nach 105 Tagen Corona-bedingter Schließung überraschte das *Generationen-Café Vollpension* seine Gäste mit einer besonderen Aktion: Es wird zur handyfreien Zone. Wer sich entschließt, sein lautlos gestelltes Handy für die Dauer seines Besuches in einen speziellen Käfig am Tisch einsperren zu lassen (siehe Bild), wird mit einem 10 prozentigem Rabatt auf seine Rechnung belohnt.



Eine der freundlichen „Omas vom Dienst“

Bild: Vollpension - screenshot

„Wir wollen, dass unsere Gäste wieder ungestört zusammensitzen und plaudern können – nach den so langen kontaktarmen Corona-Zeiten“, wurde von Julia Krenmayr, einer Mitgründerin des besonders gemütlich eingerichteten Cafés in der Wiener Schleifmühlgasse erklärt. (Quellen: *vollpension.wien*, *heute.at*)

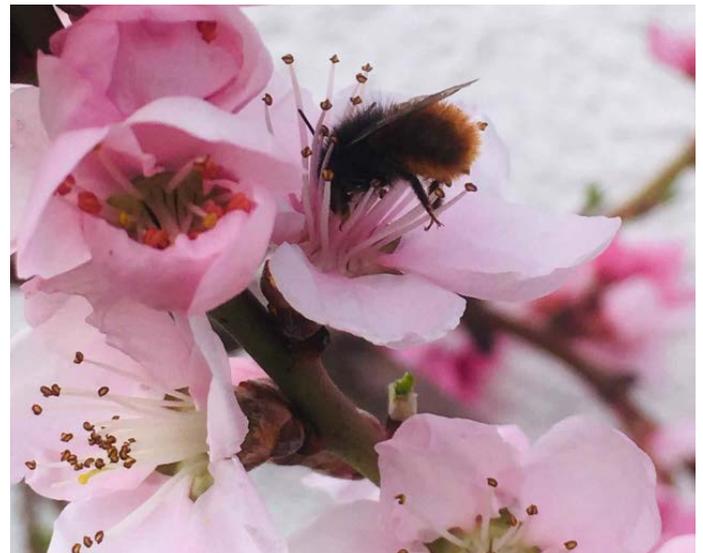
Eine glänzende und nachahmenswerte Idee – auch in Nicht-Corona-Zeiten!

Diese Freiheitsrechte werden heute zunehmend unter anglo-amerikanischem Einfluss, insbesondere von der Europäischen Union bedroht.

Ungarn widersetzt sich diesem Versuch der Einflussnahme und Einschränkung seiner Souveränität, weshalb es zu Konflikten mit der Europäischen Union kommt, welche die Angriffe auf die Souveränität Ungarns mit der Scheinbegründung zu rechtfertigen versucht, dass in Ungarn Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gefährdet sind. Das Gegenteil ist der Fall: Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit der Ungarn sind von der sich zu einer Diktatur entwickelnden Europäischen Union gefährdet, nicht von der ungarischen Regierung. Ungarn erfüllt wieder gemäß einem historischen Sendungsbewusstsein seine Pflicht, Freiheit und Recht gegen Willkür und Diktatur, sowie Freiheit und Selbständigkeit gegen hegemoniale geopolitische Ansprüche zu verteidigen.

Das ungarische Volk hat hierzu eine überwältigende Zustimmung erteilt und ist damit Vorbild in Europa und bahnbrechend für eine Zukunft in Freiheit und Frieden. Dank an alle Ungarn!

Stellungnahme von RA Dr. Eva Maria Barki, Wien, anlässlich der ungarischen Parlamentswahlen am 3.April



Eine Hummel die Dreien Glück spendet: dem Beobachter, sich selbst und irgendwie auch dem Pflirsichbaum. In der menschengemachten Welt müsste man solch ein Dreifach-Glück als Win-Win-Win-Situation bezeichnen.

Bild: RP

Wir bitten um Ihre Unterstützung

Wenn Sie, lieber Leser, verehrte Leserin, die Arbeit der NFÖ unterstützen wollen, so haben Sie viele Möglichkeiten. Kontaktieren Sie uns! Falls Sie beiliegend in unserem Nachrichtenblatt einen Erlagschein finden, so sehen Sie darin bitte keine versteckte Verpflichtung, wenngleich wir offen gestehen, dass finanzielle Zuwendungen für unsere Arbeit gerade im Hinblick auf die hohen Druck- und Portokosten eine große Hilfe wären. **Wir erhalten keinen Cent aus Steuermitteln oder öffentlichen Fördertöpfen.**

Allen unseren bisherigen Spendern sagen wir ein herzliches Dankeschön! Bitte Adressänderungen frühzeitig bekannt geben. Teilen Sie uns bitte – wenn möglich – auch die Adressen von interessierten Bekannten mit. Danke!

Redaktionsschluss: 14. Mai 2022

Blattlinie: Für Neutralität, Direkte Demokratie und Souveränität, unter Beachtung der Gesetze der Republik Österreich.
Impressum: Verantwortlich für Inhalt u. Gestaltung: Bündnis *Neutrales Freies Österreich – NFÖ*, 1230 Wien, Schimekgasse 30 und 6010 Innsbruck Postf. 110;
Telefon: 0676-4065409; buendnis@nfoe.at; Bankverbindung: IBAN AT53 4501 0001 0925 8996; Druck: Sterndruck, Fügen; DVR3000098